



Wort- und Kurzprotokoll der 59. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 8. November 2023, 11:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Seite 6

Bericht der Bundesregierung zu den GWK- Verhandlungen am 3. November 2023

Selbstbefassung 20(18)SB-60

Berichterstatter/in:

Abg. Oliver Kaczmarek [SPD]
Abg. Katrin Staffler [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 2 Seite 11

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Flexibilisierung des Besserstellungsverbotes für gemeinnützige Forschungseinrichtungen ermöglichen

BT-Drucksache 20/7589

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss
Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Ye-One Rhie [SPD]
Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 3

Seite 13

**TA-Projekt "Auswirkungen von Offshore-Windparks auf die Umwelt" - Phase II
Empfehlung der Berichterstattergruppe für
Technikfolgenabschätzung**

Selbstbefassung 20(18)SB-61

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Holger Becker [SPD]
Abg. Lars Rohwer [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 4

Seite 14

Unterrichtung durch die Bundesregierung

China-Strategie der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/7770

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat
Finanzausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Klimaschutz und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Alexander Föhr [CDU/CSU]
Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Norbert Kleinwächter [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 5

Seite 20

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, CDU/CSU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

**Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung
politischer Stiftungen
aus dem Bundeshaushalt
(Stiftungsförderungsgesetz – StiftFinG)**

BT-Drucksache 20/8726

Federführend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Lina Seitzl [SPD]
Abg. Monika Grüters [CDU/CSU]
Abg. Marlène Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 6

Seite 20

Gesetzentwurf der Bundesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des
Zwölften und des Vierzehnten Buches
Sozialgesetzbuch und weiterer Gesetze**

BT-Drucksache 20/8344

Federführend:
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:
Rechtsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

Gutachtlich:
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berichterstatter/in:
Abg. Dr. Lina Seitzl [SPD]
Abg. Katrin Staffler [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 7

Seite 20

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Energiespeicher jetzt ausbauen

BT-Drucksache 20/8525

Federführend:
Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Mitberatend:
Finanzausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen
Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:
Abg. Ye-One Rhie [SPD]
Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 8

Seite 20

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Nahrungsmittelversorgung sicherstellen -
Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa
erhalten**

BT-Drucksache 20/5215

Federführend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]

Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]

Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Nicole Höchst [AfD]

Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 9

Seite 21

Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Stephan
Protschka, Frank Rinck, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion der AfD

**Forschung zur technologischen Nutzbarkeit von
Laubhölzern jetzt erforderlich**

BT-Drucksache 20/8743

Federführend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitberatend:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]

Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]

Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Nicole Höchst [AfD]

Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Teilnehmende Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rhie, Ye-One Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Ruppert Völlers, Marja-Liisa Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	Döring, Felix
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Connemann, Gitta Föhr, Alexander Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	Kemmer, Ronja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene Stahr, Nina	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael	Kleinwächter, Norbert
DIE LINKE.	Gohlke, Nicole Sitte, Dr. Petra	



Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende **Kai Gehring (BÜNDIND 90/ Die Grünen)**: Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich offenlegen, wie die heutige Tagesordnung interfraktionell vorsortiert worden ist. Wir haben den Tagesordnungspunkt 7 Energiespeicher, der vom federführenden Ausschuss abgesetzt wurde. Wir haben mehrere Tagesordnungspunkte, die zu Beginn ohne Debatte von uns abgeschlossen werden. Hier handelt es sich unter anderem um mitberatende Vorlagen. Betroffen sind TOP 3 Technikfolgenabschätzung, TOP 5, Stiftungsförderungsgesetz, TOP 6 Zwölftes und Vierzehntes SGB, TOP 8 Nahrungsmittelversorgung und TOP 9 Forschung Laubhölzer. Wir haben eine Reihenfolge für die mit Aussprache zu beratenden Tagesordnungspunkte, beginnend mit TOP 1 GWK-Verhandlungen, gefolgt von TOP 2 Besserstellungsverbot und TOP 4 die China Strategie. Zur heutigen Tagesordnung stelle ich Einvernehmen fest. Damit gehen wir so vor. Ganz herzlichen Dank an Sie alle.

Bevor ich jetzt in die Abstimmungen einsteige, möchte ich kurz etwas zur Lage in Israel und dem Antisemitismus an unseren Schulen und Hochschulen sagen. Von Schulhöfen und aus Vorlesungssälen erreichen uns zunehmende Berichte über Antisemitismus. Statements, die sich mit Israel solidarisieren und dem brutalen, menschenverachtenden Terror der Hamas verurteilen, ernten Hasskommentare. Jüdische Familien schicken ihre Kinder nicht mehr in Kitas und Schulen, Studierende bleiben aus Angst dem Campus fern. Stellvertretend für unseren Ausschuss möchte ich deshalb an dieser Stelle sehr klar sagen: Unser Bildungssystem muss sich jetzt mit seinem Bildungsauftrag bewähren. Dazu gehören politische Bildung, dazu gehören Informationen über den Nahostkonflikt und Lehren gegen Antisemitismus. Neutral zu bleiben ist keine Option, wenn wir die Staatsräson und unsere Verfassungswerte ernst nehmen. Schulen und Hochschulen müssen jetzt ihrer Rolle als Schutzzäume und auch als Diskursorte gerecht werden. Ich finde, die Freiheit an Hochschulen bemisst sich ebenso daran, ob sich marginalisierte und benachteiligte Gruppen, wie in diesen Tagen jüdische Studierende, dort sicher und frei fühlen können. Jede Form von Antisemitismus ist

schändlich, egal ob linksextrem, rechtsextrem, islamistisch, fundamentalistisch. Antisemitismus ist zu verurteilen und dagegen braucht es klare Kante. Jüdisches Leben in Deutschland muss wertgeschätzt und geschützt werden. Wir haben heute in der Obleute-Runde beschlossen, dass wir uns in der nächsten Sitzung auch mit dem Thema Antisemitismus in unseren Bildungseinrichtungen beschäftigen. Dazu gehört auch das Thema Antisemitismusforschung. Dafür gilt mein herzlicher Dank den Fraktionen. Wir steigen jetzt ein in unsere Abstimmungen.

Tagesordnungspunkt 1

Bericht der Bundesregierung zu den GWK-Verhandlungen am 3. November 2023

Selbstbefassung 20(18) SB-60

Der **Vorsitzende**: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 1: Bericht der Bundesregierung zu den GWK-Verhandlungen. Dabei geht es um die verschiedenen Beschlüsse zur gemeinsamen Finanzierung der Wissenschaft. Wir haben heute ausnahmsweise digital zugeschaltet den Parlamentarischen Staatssekretär Jens Brandenburg, der kurz einführen wird. Dann folgt die Berichterstatterin und Berichterstatter-Runde. Lieber Jens Brandenburg, du hast das Wort.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Danke auch an die lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bitte ich direkt zu Beginn um Entschuldigung, dass ich heute ausnahmsweise nicht persönlich vor Ort sein kann. Sie merken vielleicht an meiner Stimme, warum ich besser nicht in einem Raum mit Ihnen bin. Dennoch freue ich mich umso mehr, Ihnen digital von der Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) letzte Woche am 3. November berichten zu können. Die GWK hat letzte Woche den Entwurf einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Förderung der anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften intensiv beraten. Dabei haben Bund und Länder das gemeinsame Ziel bekräftigt, das Programm auf jeden Fall fortsetzen zu wollen und noch in diesem Jahr, voraussichtlich am 27.11.2023, in einer Sondersitzung der GWK darüber zu entscheiden. Bund und Länder waren sich einig,



dass die Hochschulen für angewandte Wissenschaften eine wesentliche Rolle im Wissenschafts- und Innovationssystem spielen und dass die neue Bund-Länder-Vereinbarung sie dabei unterstützen soll, ihre Stärke in der anwendungsorientierten Forschung weiter auszubauen. Weiteres Thema war die Gesundheitsforschung. Dazu standen zwei weitere Tagesordnungspunkte auf der Agenda. Die neuen Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung einerseits und andererseits das Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIH). Der erste TOP über die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung ist nach einvernehmlicher Entscheidung zwischen Bund und Ländern von der Tagesordnung genommen worden, da die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern auf Staatssekretärsebene bisher noch nicht zum Abschluss gekommen sind. Dabei hat die Bundesministerin Frau Bettina Stark-Watzinger darauf hingewiesen, dass wir hierbei schnell vorankommen müssen, weil die Forschung zu psychischer Gesundheit sowie zur Kinder- und Jugendgesundheit dringend gestärkt werden soll. Der zweite Tagesordnungspunkt, Berliner Institut für Gesundheitsforschung wurde evaluiert. Die GWK hat planmäßig den Evaluationsbericht zur Kenntnis genommen. Die wissenschaftliche Evaluation bestätigt den positiven Eindruck, den der Bund und das Sitz-Land Berlin gemeinsam von der jüngeren Entwicklung des BIH gewonnen hatten. Wir schließen daraus, dass es die richtige Entscheidung war, das BIH in die Charité in Berlin zu integrieren. Abgesehen von diesen Tagesordnungspunkten hat sich die GWK natürlich auch mit weiteren Themen befasst. Insbesondere hat der Direktor der Nationalen Forschungsdaten-Infrastruktur (NFDI) Herr Professor York Sure-Vetter, über den Stand des Aufbaus der NFDI berichtet. Planmäßig war das ein Bericht ohne weiteren Beschluss. Des Weiteren gab es zwei TOPs zur Leibniz-Gemeinschaft. Die GWK hat beschlossen die gemeinsame Förderung des Leibniz-Instituts für Sonnenphysik durch Bund und Länder nach der Ausführungsvereinbarung BGL mit Ablauf des Jahres zu beenden. Außerdem hat die GWK den BGL-Haushalt 2024 beschlossen. Turnusgemäß stand auch die Wahl der Vorsitzenden der GWK und des GWK-Ausschusses für 2024 und 2025 auf der Tagesordnung, wobei die Länder

Benennungen für die länderseitigen GWK-Vorsitzenden noch ausstehen. Das soll im Anschluss im GWK-Umlaufverfahren erfolgen. Das GWK-Büro hat Ihnen - den Ausschussmitgliedern - die GWK-Beschlüsse zugeleitet. Vielleicht haben Sie auch die entsprechenden GWK-Pressemitteilungen gesehen. Das Protokoll wird Ihnen das GWK-Büro ebenso zustellen, sobald es final abgestimmt ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit eröffne ich die Berichterstatterinnen- und Berichterstatter-Runde und rufe für die SPD-Fraktion den Kollegen Oliver Kaczmarek auf.

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für den Bericht. Wenn man sich das durchliest, dann könnte man den Eindruck bekommen, dass das eine GWK war, in der nicht die großen Entscheidungen angestanden haben und in der viel routiniert abgewickelt worden ist. Trotzdem möchte ich sagen, dass ein Punkt sehr wichtig ist. Dieser wird in der Sondersitzung, die noch in diesem Jahr geplant ist, aufgegriffen. Die GWK betont die Rolle der Fachhochschulen (FH) und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) und für das Innovationssystem in Deutschland. Es ist notwendig das immer wieder zu betonen, weil wir bei der Forschungsförderung des Bundes vor strukturellen Entscheidungen stehen. Deshalb ist es richtig, dass sich die GWK in ihrer Sitzung zum Ausbau der anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen bekannt hat. Der Bund ist seinem Versprechen und seiner Verantwortung gegenüber den HAWs und FHs in besonderer Weise gerecht geworden ist. Wir wollen mit der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) ein Instrument einführen und sind bereits in der Konkretisierung und Erprobungsphase dafür. Es soll in besonderer Weise auch die Forschungsleistung von Hochschulen für angewandte Wissenschaften und ihre Wirkung in regionalen Innovationsökosystemen berücksichtigen. Das wird nicht zulasten der Forschung an Fachhochschulen und der Bundesförderkulisse passieren. Dies ist ein sehr wichtiges Signal. Es geht um eine Erweiterung der Möglichkeiten für Forschung an Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte



Wissenschaften, was in den GWK-Besprechungen gut zum Ausdruck gekommen ist. Wir freuen uns auf den Beschluss in der Sonder-GWK und danken dafür, dass die Bundesregierung diese Verantwortung gegenüber den FHs und HAWs in besonderer Weise wahrgenommen hat.

Der Vorsitzende: Vielen Dank dafür! Dann hat Katrin Staffler für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Abg. **Katrin Staffler** (CDU/CSU): Vielen Dank. Der Kollege Kaczmarek hatte gesagt, dass die GWK-Sitzung von den großen Themen nicht gespickt war. Das mag so sein. Ich finde aber, dass eine Tendenz in gewisser Weise erkennbar ist, und zwar dort, wo keine Einigungen erzielt worden sind. Das betrifft das Bund-Länder-Programm zur Förderung der anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Da finanzierte der Bund bislang 100 Prozent und will nun angesichts der Beschlüsse der Bundesregierung scheinbar nur noch die Hälfte übernehmen. Dies ist aber nicht das einzige Thema, bei welchem der Bund deutlich versucht, sich zurückzuziehen. Ein anderes Beispiel wären die deutschen Zentren für Gesundheitsforschung. Dort ist zwar die Prozentverteilung ein wenig anders, aber diese Tendenz ist ebenso erkennbar. Daher stellt sich für uns die Frage, in welcher Rolle sich das Bundesforschungsministerium zukünftig überhaupt noch sieht? Welche Schwerpunkte will man, auch finanziell, setzen? Inwieweit versucht man einfach die Schwerpunktsetzung an die Länder abzudrücken? Darüber hinaus würde uns interessieren, was das Bund-Länder-Programm zur Förderung der anwendungsorientierten Forschung an den HAWs bedeutet. Was bedeutet diese Finanzierungsfrage auch für die DATI? Inwieweit gibt es Zusammenhänge? Wir sind der Meinung, dass es möglicherweise Schwerpunktsetzungen gibt, die wir in dieser Form nicht unterstützen würden. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für Bündnis 90 /Die Grünen rufe ich die Kollegin Laura Kraft auf.

Abg. **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Wir stellen einen zentralen Pfeiler im Wissenschaftssystem dar und deswegen ist die Weiterentwicklung auch von einer auskömmlichen Finanzierung abhängig. Es gibt

noch keinen finalen Beschluss. Aber es wurde schon auch vom Staatssekretär ein Zeitplan aufgezeigt. Ich halte es für wichtig, dass wir die anwendungsorientierte Forschung durch Bund-Länder-Programme stärken und hoffe, dass es am 27.11.2023 zu gemeinsamen Lösungen kommen kann. Der Ausschussvorsitzende hatte zu Beginn eingeführt, was momentan an unseren Hochschulen und in unseren Bildungsinstitutionen in Bezug auf Antisemitismus passiert. Deshalb bin ich der Meinung, dass es sinnvoll sein könnte, wenn die GWK sich noch einmal bei nächster Gelegenheit darüber berät. Das wird nämlich ein Thema sein, was uns noch längerfristig beschäftigt. Die erfreulichen Nachrichten bezüglich der Leibniz-Gemeinschaft wurden eben schon erwähnt. Dem kann ich mich nur mit anschließen. Was die Bund-Länder-Zusammenarbeit betrifft, möchte ich erwähnen, dass die Ampelfraktionen im laufenden Haushaltsverfahren einen Maßgabe-Beschluss im Haushaltssausschuss beschlossen haben, der ein Tenure-Track-Programm im Mittelbau auf den Weg bringt. Das betont, wie wichtig es ist, dass wir die Fragestellungen und strukturellen Schwierigkeiten zukunftsorientiert in unserem Wissenschafts- und Hochschulsystem gemeinsam über Bund und Länder lösen und angehen. Das ist ein wichtiges Signal in die richtige Richtung.

Der Vorsitzende: Dankeschön! Für die AfD-Fraktion spricht Dr. Götz Frömming.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Staatssekretär, ich möchte direkt an ein Stichwort, welches Sie selbst genannt haben, nämlich Evaluation, anknüpfen. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz verfügt über ein jährlich steigendes Fördervolumen - inzwischen sind wir bei 15 Milliarden angekommen. Wenn wir auf die letzten Jahre zurück schauen, dann ist das von 2005 bis heute fast eine Verdreifachung. Forschung ist wichtig, aber es handelt sich um Steuergeld. Wir müssen daher auch im Sinne der Steuerzahler fragen: Was kommt denn dabei heraus? Des Weiteren würde ich Sie gerne mit einem Artikel, den Ihr Vorgänger im Amt, Thomas Sattelberger, im Focus veröffentlicht hat, konfrontieren. Er kritisierte, dass der 120 Milliarden Euro schwere Pakt für Forschung und Innovation, der bekanntlich von



2021 bis 2030 läuft, "ohne jegliche Output-
Erwartung, geschweige denn ohne jegliche
konkreten Verpflichtungen" geschlossen worden
sei. Ähnlich sei man beim Hochschulpakt
verfahren. Ich würde Sie deshalb gerne fragen: Ist
das so? Was Herr Sattelberger sagt, hat das seine
Richtigkeit? Wenn es so stimme, halten Sie das für
einen verantwortlichen Umgang mit
Steuergeldern? Außerdem würde ich gerne fragen,
was Ihrer Meinung nach Kriterien für den Erfolg
der Förderung sein könnten. Mit Blick auf die
Patente können wir feststellen, dass nur 1,9,
knapp 2 Prozent aller Patentanmeldungen aus
Deutschland, auf den Bereich der Hochschulen
bzw. der angegliederten Einrichtungen
zurückzuführen sein sind. Hier stagniert es.
Erfreulich ist, dass Hochschulen, auch
angewandten Hochschulen in Ostdeutschland
diesbezüglich, extrem erfolgreich sind. Die
Technische Universität Dresden und nicht mehr
beispielsweise das Karlsruher Institut für
Technologie führt merkwürdigerweise diese Liste
an. Ebenfalls Ilmenau ist vergleichsweise
erfolgreich, wenn man beachtet, dass es sich um
eine sehr kleine Einrichtung handelt. Ist hier
erwogen worden, genauer hinzuschauen, was die
ostdeutschen Hochschulen besser machen, sodass
man von ihnen lernen könnte? Könnten Sie sich
vorstellen möglicherweise weitere Kriterien
heranzuziehen? Wenn wir uns beispielsweise die
Veröffentlichungen in einschlägigen
Wissenschafts-Publikations-Magazinen
anschauen, müssen wir leider feststellen, dass die
deutschen Publikationen, im Zeitraum von 2018
bis 2019 rückläufig sind, weil offenbar andere
Länder auch hier die Nase vorne haben. Wie passt
die Steigerung des Fördervolumens um gewaltige
Summen und andererseits ein Output, der zu
stagnieren scheint, zusammen?

Der **Vorsitzende**: Für die FDP-Fraktion erstattet
der Kollege Stephan Seiter Bericht.

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Vielen Dank,
Herr Vorsitzender. Für uns ist es sehr wichtig,
dass die GWK noch einmal das Thema der
anwendungsorientierten Forschung betont hat. Es
gibt im Moment zwar noch keine Einigung, aber
es ist der Wille und auch die Bereitschaft
erkennbar, dass bis zum Ende des Jahres eine
Entscheidung über die Weiterförderung fällt.
Ebenso wichtig ist, dass so ein Signal nach außen

gelangt, denn die Hochschulen für angewandte
Wissenschaft bilden in unserem System der
Innovationsentwicklung und der
Innovationsentstehung eine wichtige Rolle. Es
muss anerkannt werden, dass sie eine andere
Rolle spielen als die reine Grundlagenforschung.
Dies bedeutet nicht, dass an Hochschulen für
angewandte Wissenschaft nicht auch in Teilen
Grundlagenforschung stattfindet. Dennoch ist
wichtig diese Rolle nochmals zu betonen und zu
honorieren, dass sich die HAWs von ehemals
Lehranstalten zu einem wichtigen Baustein
innerhalb unseres Innovations-Ökosystems
entwickelt haben. Darüber hinaus gilt der Dank
dem Bund und den Ländern, dass sie bereit sind
eine Lösung zu finden. Die Lösung muss
berücksichtigen, dass wir über die DATI
strukturelle Veränderungen angehen, weil auch
die Fördermaßnahmen den Veränderungen
unterliegen sollen. Zweitens möchte ich betonen,
dass die Ministerin noch einmal angesprochen
hatte, dass Gesundheitsforschung vorangehen
muss. Auch dort brauchen wir Lösungen, denn
auch das ist für die Menschen draußen sehr
wichtig. Gesundheitsforschung muss in einer
gemeinsamen Kooperation zwischen Bund und
Ländern auf den Weg gebracht werden. In Zeiten
einer wirtschaftlichen Eindämmung ist es wichtig,
dass wir darüber reden, wer wie viel beisteuert,
wobei die unterschiedliche Haushaltssituation
und Steuerentwicklungssituationen berücksichtigt
werden müssen. Deshalb ist vor diesem
Hintergrund zu überlegen, wie viel Anteil - auch
am Programm für HAWs - der Bund und wie viel
Anteil die Länder leisten. Vielen Dank!

Der **Vorsitzende**: Dankeschön und für die
Linksfraktion rufe ich Frau Dr. Petra Sitte auf.

Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.): Danke. Dank
guter Vernetzung hat Martin Wiada diese
scheinbar völlig unattraktive GWK-Sitzung
spannend gestaltet und auf Konflikte
hingewiesen, was auch schon von den Kollegen
angesprochen wurde. Ich will noch etwas zur
Vorgeschiede sagen: Die Fachhochschulen in
Ostdeutschland haben immer schon geforscht und
wurden teilweise vom Wissenschaftsrat in den
Begutachtungen als sehr gut eingeschätzt. Jetzt ist
das Standard. Ich will außerdem daran erinnern,
dass 2023, wenn ich mich recht erinnere, in
einem Haushalt Forschungsförderung für die



HAWs in Höhe von 75 Millionen in den Bereich der DATI eingegliedert wurde. Dort sind nicht 75 Millionen Euro angekommen, sondern, wenn ich mich recht erinnere, nur 65 Millionen. Also kam es insofern zu einer Kürzung. Der Bundeshaushalt 2024 enthält, wie wir alle wissen Kürzungen, die ich nicht im Einzelnen in drei Minuten ausführen kann. Zusammengefasst bedeutet eine Verteilung von bisher 100 Prozent seitens des Bundes auf hälftig, eine erneute Kürzung zulasten der Landeshaushalte und eine Kürzung durch die Hintertür. Deshalb frage ich Herrn Brandenburg, inwieweit der Bund bei dieser Forderung bleibt und warum er das jetzt so möchte? Zweitens möchte ich gerne wissen, zu welchen Konditionen die privaten Hochschulen in die Förderung aufgenommen werden? Warum werden diese überhaupt berücksichtigt? Inwieweit erfährt das gesamte Kapitel nochmal eine Erweiterung? Angenommen, Sie würden sich mit den Ländern auf eine Verteilung von 25 zu 75 Prozent einigen, dann hat das auch eine Pilotwirkung. Sind weitere Veränderungen solcher Schlüssel beispielsweise auch bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) angedacht? Abschließend frage ich mich bezüglich des Monitorings im Bericht, ob Sie offenlegen können, welche Kriterien und Schlussfolgerungen der Bund daraus zieht.

Der **Vorsitzende**: Danke für Ihre Debattenbeiträge. Damit hat zur Beantwortung der Fragen von Union, AfD und Linksfraktion, der Kollege Parlamentarischer Staatssekretär Herr Brandenburg das Wort. Bitte schön.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen herzlichen Dank. Es sind eine ganze Reihe an Fragen dabei. Der Kollege Kaczmarek hat einiges im Grundsatz erläutert. Dem würde ich so zustimmen. Auch bestätige ich die Ausführungen zur Rolle der HAWs von Kollegin Staffler. Ich beginne mit der Frage, wie das mit der Forschung an den FHs und den HAWs im Kontext zur DATI steht. Das ist komplementär zu verstehen. Wir wollen die angewandte Forschung und den Transfer in den Fokus stellen. Insofern gehört das zusammen und wird seitens der Bundesregierung nicht gegeneinander ausgespielt, denn wir brauchen beides. Deshalb zieht sich der Bund ausdrücklich aus diesen Programmen nicht zurück. Im Gegenteil, und da greife ich auf das,

was die Kollegin Sitte angesprochen hat, vor. Wir haben einerseits einen klaren Kabinettsbeschluss und andererseits kommt aus dem Parlament immer wieder die klare Aufforderung die Länder, angesichts der diversen Föderalismusreformen der letzten Jahre und der deutlich stärkeren Finanzkraft der Länder, bei den Gemeinschaftsaufgaben zu unterstützen, damit wir ausgewogenen Finanzierungsschlüssel haben. Wir sprechen hier nicht über Bundesaufgaben, sondern Gemeinschaftsaufgaben - die der Hochschulen - die eigentlich in der Kernzuständigkeit der Länder liegen. Gerade dieses Programm bestand in der Vergangenheit aus 100 Prozent Bundesgeld. Deshalb geht es nicht darum, dass sich der Bund jetzt zurückziehen würde. Im Gegenteil, es werden Gelder auch für die Zukunft eingestellt. Ergänzend zur Frage von Frau Kollegin Sitte bezüglich der Zahlen im bisherigen Haushalt: Die Verteilung liegt daran, dass wir laufende Vereinbarungen haben, die vollends ausfinanziert sind. Aktuell geht es um die Frage, wie die Anschlussfinanzierungen laufen sollen. Da erwarten wir eine gleichwertige Beteiligung von Bund und Ländern, nicht um das Programm in Summe zu kürzen, sondern um dafür zu sorgen, dass die HAWs mehr Geld zur Verfügung haben, um es genau in diese Forschung zu investieren. Das kommt der Wissenschaft zugute. Bei den deutschen Zentren der Gesundheitsforschung steht nicht primär der Finanzierungsschlüssel im Zentrum der Debatte, sondern es bedarf noch inhaltlicher Abstimmung beispielsweise zu konkreten Aufgabenspektrum der Trägerorganisation. Wir sind bundeseitig der Meinung, dass es, um einen möglichen Transferschub zu erreichen, über reines Fördermittelmanagement hinausgehen soll. Unabhängig davon ist es so, dass wir bundeseitig nicht auf die Bremse getreten sind. Uns ist angesichts der großen Dringlichkeit und Bedeutung viel daran gelegen, dass wir so bald wie möglich zu einer Einigung mit den Ländern kommen. Ich möchte ergänzen, dass die wissenschaftliche Arbeit der beiden neuen Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung (DZG) bereits begonnen hat und derzeit zu 100 Prozent vom Bund per Projektförderung finanziert wird. Dies sei zum Gesamtkontext zu sagen. Die Behauptung oder die These, dass der Bund sich



zurückziehe, weise ich sehr deutlich zurück. Das Gegenteil ist der Fall. Den Statements der Kollegin Kraft würde ich auch im Wesentlichen zustimmen. Herr Kollege Frömming hatte nach der Outpotorientierung gefragt. Ein paar Aspekte, die Sie genannt haben, sind durchaus als Outputfaktoren relevant. Diese sind aber bei weitem nicht die Einzigen. Eine übergreifende Debatte, die wir führen, beschäftigt sich damit, wie man wissenschaftliche Qualität und Output messen kann. Sie sehen bereits an der starken Orientierung, die wir als neue Koalition und als Bundesregierung in dieser Legislaturperiode auf die anwendungsorientierte Forschung und insbesondere auf das Thema Transfer legen, dass uns diese Punkte besonders wichtig sind. Das ist in all den Programmen und Vereinbarungen, die wir aktuell verhandeln und die in Zukunft anstehen ein wesentlicher Faktor. Ich möchte heute seitens der aktuellen Bundesregierung nicht im Detail Vereinbarungen aus früheren Legislaturperioden bewerten. Diese Diskussion haben wir im Ausschuss bereits in den letzten Jahren sehr intensiv diskutiert. Uns ist wichtig, dass wir zu unseren Vereinbarungen den Ländern gegenüber bezüglich der Erwartungs- und Planungssicherheit von Hochschulen stehen, aber insbesondere diesen Punkt in neuen Vereinbarungen stärker als in der Vergangenheit fokussieren. Herr Kollege Seiter trug auch wichtige Statements vor. Frau Kollegin Sitte, Sie hatten neben der Finanzierung, noch nach den privaten Hochschulen gefragt. Es ist aktuell Status quo und weiterhin von Bundesinteresse, dass diese sich an der Förderung beteiligen können. Dem Ergebnis aus den Verhandlungen mit den Ländern kann ich heute noch nicht vorweggreifen. Aber es spricht vieles dafür, dass sich auch in Zukunft private Hochschulen an diesen Programmen beteiligen können, denn auch da findet Forschung statt. Für uns ist weniger die reine Trägerschaft das entscheidende Kriterium als die Qualität und das Potenzial in der angewandten Forschungslandschaft. Das wollen wir deutlich heben.

Der **Vorsitzende**: Erstmal vielen Dank. Frau Sitte meldet sich gerade nochmal mit einer Frage.

Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.): Ich frage mich, ob ich Sie richtig verstehe. Der Bund behält seine Summe bei und schlägt den Ländern vor, künftig

50 Prozent mitzutragen. Das bedeutete eine Verdopplung der Summe, oder missinterpretiere ich das jetzt?

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Da es um laufende Verhandlungen geht, kann ich nicht im Detail über Zwischenstände und das Endergebnis berichten. Ich möchte aber die Stoßrichtung, die Sie gerade in den Raum gestellt haben, durchaus unterstützen. Wir haben seitens des Bundes in bisheriger Größenordnung weiterhin Geld eingeplant. Mit einer hälftigen Finanzierung käme die Länder-Förderung obendrauf, sodass unsere Intention tatsächlich wäre den HAWs mehr Geld als bisher zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen laufen und wir werden in Kürze auch ein Ergebnis vorweisen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit ist deutlich geworden, dass solche Berichterstattungen über die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz immer spannend und erkenntnisreich sind. Vielen Dank für die Berichterstattung. Wir bleiben an den aufgerufenen Themen der GWK auch hier als Bundestagsausschuss dran. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Flexibilisierung des Besserstellungsverbotes für
gemeinnützige
Forschungseinrichtungen ermöglichen**

BT-Drucksache 20/7589

Der Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU) stellt fest, dass bei der Anhörung zum SPRIND-Freiheitsgesetz eine große Einigkeit unter den Experten vorgelegen habe: Das Besserstellungsverbot schade dem deutschen Forschungssystem. Das Verbot sei im Grunde ein „Schlechterstellungsgebot“. Die außeruniversitären oder gemeinnützigen Forschungseinrichtungen dürften keine mit dem freien Markt vergleichsweisen Rahmenbedingungen schaffen. Das Besserstellungsverbot untersage im Hinblick auf die Gehälter die Anpassung an den öffentlichen Dienst. Der Antrag schlage eine finanzielle Neuregelung vor. Die Bundesrepublik Deutschland gebe somit lediglich Geld in Höhe des bestehenden Verfahrens aus. Die Institutionen



müssten selbst am freien Markt durch Investitionen alle Mehrkosten erwirtschaften. Durch diese Regelung komme es zu keiner „Explosion“ der Kosten. Die Regelung gehe ausschließlich bis zur Höhe dessen, was bereits durch Förderung bereitgestellt werde. Im Rahmen des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes könne man flexibel und unbürokratisch eine Neuregelung des Besserstellungsverbotes vornehmen. Man müsse keine Aufsichtsräte oder Vertreter des Ministeriums in diese Einrichtungen entsenden. Die Projektförderung kontrolliere man auch lediglich über Verwendungsnachweise. Diese Aufsichtskontrolle finde bei der institutionellen Förderung regulär statt. Es handele sich demnach um keine Veränderung. Entscheidend sei, dass das Besserstellungsverbot an dieser Stelle verschwinde.

Die Abg. **Ye-One Rhie** (SPD) stimmt zu, dass die Anhörung eine konstruktive Runde gewesen sei, die viele Punkte erneut verdeutlicht habe. Die Forschung an außeruniversitären und gemeinnützigen Forschungseinrichtungen habe einen wichtigen Wert. Es sei allerdings deutlich geworden, dass die vorgetragenen Aspekte keine Neuerungen darstellten. Die geforderten Lösungsansätze prüfe die Bundesregierung bereits seit Anfang der Legislaturperiode. Das Ziel sei eine nachhaltige, langfristige und unkomplizierte Lösung. Diese Lösung müsse das Erfordernis der „Gesetzesnachschärfung“ in einigen Jahren ausschließen. Dieser Wunsch sei durch die Anhörung deutlich geworden. Man wolle daher die Planbarkeit und den Bürokratieabbau für die Einrichtungen umsetzen. Die Diskussion über mögliche Vereinfachungen solle ebenfalls im Haushaltsausschuss geführt werden. Man lehne den vorliegenden Antrag ab.

Der Abg. **Prof. Dr.-Ing. habil Michael Kaufmann** (AfD) betont, dass die Einschränkung durch das Besserstellungsverbot und die bürokratische Handhabung von Ausnahmegenehmigungen ein wesentliches Hindernis bei der Rekrutierung von Fachkräften innerhalb der Forschung sei. Die Abschaffung des Besserstellungverbotes werde die Sache nicht komplizierter machen. Die Anhörung sei dahingehend deutlich gewesen. Das Besserstellungsverbot spare dem Steuerzahler kein Geld und führe zu einer dramatischen Verunsicherung bei Projekten. Eine

leistungsfähige Forschung gebiete die Beseitigung des Besserstellungverbotes. Man müsse zudem die bisherigen Erfahrungen mit der Bürokratie in den Ministerien berücksichtigen. Die Ausnahmeregelung des Antrages dürfe sich nicht ausschließlich auf gemeinnützige Forschungseinrichtungen beziehen. Die AfD-Fraktion fragt nach, wie die Bundesregierung die Bürokratie für die Forschungseinrichtungen erleichtern möchte. Ausnahmegenehmigungen müssten zudem für eine effektivere Forschung schneller bearbeitet werden.

Die Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßt die Debatte über die Freiheiten in der Forschung. Es gehe darum Talente anzuziehen, die die Forschung benötige. Die Bedingungen müssten attraktiver gestaltet werden. Die Bundesregierung habe bereits erste Schritte für eine pragmatische und schnelle Übergangslösung unternommen. Es müsse eine verlässliche und nachhaltige Lösung gefunden werden. Diese Rahmenbedingungen strebe die Bundesregierung an. Dafür führe man die nötigen Diskussionen und Prüfungen. Der Antrag befasse sich nur mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Die Anhörung habe ergeben, dass dieser Antrag nicht alle Fragen lösen werde. Die Bundesregierung versuche alle Akteure miteinzubeziehen und einen pragmatischen Übergang zu schaffen. Man mache mit der Diskussion hierzu und zudem beim SPRIND-Freiheitsgesetz im Allgemeinen wichtige Fortschritte. Es gehe darum für Forschung und Innovation die nötigen Freiräume zu schaffen. Der Antrag sei daher nicht ausreichend und eine intensive Prüfung zu einer nachhaltigen Lösung nötig.

Die Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) konstatiert eine denkwürdige Debatte. Es gehe im Kern darum faire Ausgangsbedingungen für alle Akteure im Innovationssystem zu schaffen. Das gelte für Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder den innovativen Mittelstand. Alle hätten in den letzten Jahren mit den wichtigen Akteuren gesprochen. Wiederkehrend habe man diese Aufgabe herangetragen bekommen. Es sei kein neues Thema. Die Akteure würden nicht ausreichend



von den Forschungszulagen profitieren, da diese nicht gleichermaßen dimensioniert seien. Man arbeite eher programmbezogen. Die Fraktion DIE LINKE habe 2012 das Wissenschaftsfreiheitsgesetz kritisiert und diesem nicht zugestimmt. Jetzt gehe es darum die Defizite aufzuarbeiten. Die aktuelle Lage bevorteile die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und benachteile die anderen. Die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen bekämen jährlich 3 Prozent mehr Mittel. Man müsse sich jetzt mit dem Thema befassen. Man teile die Auffassung der Fraktion der CDU/CSU, dass die Förderung an dem Tarif orientiert werden und der Rest aus den Unternehmen selbst erwirtschaftet werden müsse. Abschließend fragt sie die Bundesregierung, ob sie sich wirklich mit dem Thema befasse und was geplant sei.

Der Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP) stellt dankend fest, dass der Antrag auf ein großes Problem hingewiesen habe. Die Forschungslandschaft stehe vor großen Herausforderungen. Das Besserstellungsverbot verschärfe die Situation im Hinblick auf die Gewinnung von Fachkräften. Es sei nachvollziehbar, dass junge Fachkräfte sich an höheren Gehältern orientierten. Das gehe häufig zum Nachteil der Forschungseinrichtungen. Es bestehe Einigkeit darüber, dass es einer Lösung bedürfe. Die Lösung über das Wissenschaftsfreiheitsgesetz sei ein Weg, es gebe jedoch andere Wege, wie das Haushaltsgesetz. In der aktuellen Phase prüfe man die verschiedenen Lösungswege. Man werde eine unbürokratische Lösung finden. Die höhere Bezahlung sei zudem eine privatrechtliche Prüfungsaufgabe. Durch die Einbeziehung von Dritten werde man zu einer modernen Lösung kommen. Die Forschungseinrichtungen würden dadurch gleiche oder bessere Chancen bekommen. Das schaffe faire Bedingungen für alle. Der Antrag beschränke sich lediglich auf das Wissenschaftsfreiheitsgesetz und könne deswegen nur abgelehnt werden. Die Diskussion gehe jedoch weiter.

Der PStS **Dr. Jens Brandenburg** (BMBF) betont, dass sie mit Unterstützung des Deutschen Bundestages bereits aktiv geworden seien. Das

Haushaltsgesetz 2023 baue längst bürokratische Hürden ab. Die Doppelprüfung durch Bund und Länder werde somit in einigen Fällen vermieden. Sofern eines der Länder die Forschungseinrichtung überwiegend fördere und eigene Regeln zum Besserstellungsverbot getroffen habe, entfalle die Überprüfung durch die Bundesregierung. Der Regierungsentwurf zum Haushalt 2024 sehe bei einschlägigen Ausnahmeanträgen eine Verlagerung der Entscheidungskompetenz vom Bundesministerium für Bildung und Forschung auf die Fachressorts vor. Das baue Bürokratie ab und beschleunige den Verfahrensprozess. Somit verteile man die Entscheidungslast und verknüpfe sie mit Sachnähe. Man erwarte daher eine Beschleunigung im Prozess. Es sei zudem eine haushaltsrechtliche Frage. Das Wissenschaftsfreiheitsgesetz fokussiere sich auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und sei dadurch der falsche Regelungsort. Es gehe hier zudem um den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Im Wissenschaftsfreiheitsgesetz gebe es ein spezifisches Monitoring und ergänzende Kontrollmechanismen der Zuwendungsgeber.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und DIE LINKE die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7589.

Tagesordnungspunkt 3

**TA-Projekt "Auswirkungen von Offshore-Windparks auf die Umwelt" - Phase II
Empfehlung der Berichterstattergruppe für
Technikfolgenabschätzung**

Selbstbefassung 20(18)SB-61

Der Ausschuss stimmt der Empfehlung der Berichterstattergruppe auf Ausschussdrucksache 20(18)150 einstimmig zu.



Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

China-Strategie der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/7770

Der Vorsitzende: Dann rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 4 auf.
Das ist die Unterrichtung durch die Bundesregierung über die China-Strategie auf der Bundestagsdrucksache 20/7770. Der zugeschaltete Herr Staatssekretär Jens Brandenburg wird einführen und danach folgt die Berichterstatter/-innen-Runde. Herr Jens Brandenburg, Sie haben das Wort.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen herzlichen Dank, ich berichte Ihnen sehr gerne. Es ist so, dass wir mit der China-Strategie der Bundesregierung der Wissenschaft eine klare Orientierung geben. Grundsätzlich sind sorgsame Risikoabwägungen, sowie ausdrücklich auch Einzelfallentscheidungen über Kooperationen mit China, die stets geleitet von unseren Interessen und Werten sind, notwendig. Gerade Grundlagenforscher müssen sich den Herausforderungen, wie den hier oft diskutierten Dual-Use-Risiken bewusst sein. Die Rahmenbedingungen für Kooperationen in Wissenschaft und Forschung haben sich in und mit China nachteilig verändert. Deswegen müssen wir unseren Umgang in der Zusammenarbeit stets überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Doch dabei ist, aus unserer Sicht, nicht nur die Politik selbst gefordert. Auch die Wissenschaft in ihrer Eigenverantwortung und Wissenschaftsfreiheit ist gefragt. Der verfassungsrechtlich verbürgte Grundsatz der Freiheit der Wissenschaft geht einher mit einer Verantwortung und auch dem Aufbau eines entsprechenden Risikomanagements. Bestehende Kooperationen sollten deshalb kritisch geprüft und gegebenenfalls beendet werden, sofern signifikante Risiken für deutsche oder europäische Interessen im systemischen Wettbewerb ersichtlich sind. Neue Kooperationen erfordern in jedem Einzelfall eine sorgsame Prüfung und Entscheidung. Wie bereits erwähnt, geben wir mit der China-Strategie der Bundesregierung auch der Wissenschaft eine klare Orientierung. Dazu gehört erstens ein klares

Bekenntnis zu Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft. Wir wehren uns gegen unlautere Einflussnahme, was ebenso für Forschung und Lehre gilt und regeln den Umgang mit den Konfuzius Instituten. Der zweite Punkt ist: Es bedarf einer sorgsamen Risikoabwägung und Entscheidung über eine Kooperation mit China. Daraus folgt insbesondere für die Sicherheit unserer Forschung, dass bei technologischen Themen, die Strategie klare Risiken bei dem ungewollten Knowhow-Abschlusses und der gesetzlich verankerten zivil-militärischen Fusion der chinesischen Regierung benennt. Das mit letzterer einhergehende Dual-Use-Risiko nimmt zu, was wir stark in der Grundlagenforschung beobachten können. Bei globalen Herausforderungen, wie beispielsweise dem Klimawandel nehmen wir China gleichermaßen als Partner aktiv in die Pflicht und suchen weiterhin die Kooperation. Dritter Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Diversifizierung internationaler Kooperationen. Die Zusammenarbeit, vor allem mit den Partnern, die unsere Werte teilen, wollen wir stärken. Deshalb suchen wir insbesondere in Asien Kooperationen mit innovationsstarken und exzellenten Partnern, wie beispielsweise in Japan, Südkorea und Taiwan, aber auch in Australien und Neuseeland. Damit flankieren wir wertegeleitete Partner in ihrem geopolitischen Umfeld und ermöglichen der deutschen Wissenschaft alternative Partnerschaften zu chinesischen Akteuren. Der vierte Punkt ist der Aufbau einer von China, insbesondere von chinesischer Finanzierung, unabhängigen China-Kompetenz. Denn diese ist der Schlüssel für einen strategischen und weitsichtigen Umgang mit China. Das BMBF setzt sich mit Nachdruck hierfür ein. Wir werden auch weitere Förderangebote zum Ausbau der China-Kompetenz in Deutschland machen. Das BMBF berät deshalb die Wissenschaft fortlaufend und zunehmend zu den aktuell herausfordernden China-Themen. Es gibt ausdrücklich unter Einbeziehung der ebenfalls hiermit befassten weiteren Ressorts und der evidenzbasierten Expertise dazu konkrete Hilfestellungen. Seit 2020 hat das BMBF insgesamt mehr als 60 China-Orientierungsveranstaltungen für die Allianz der Wissenschaftsorganisationen, die Hochschulen und die Länder durchgeführt. Diesen intensiven und auch ressortübergreifenden Austausch wollen



wir dezidiert fortsetzen. Um insgesamt im Wettbewerb zu bestehen, müssen wir auch die Potenziale der freien Wissenschaftswelt ausschöpfen. Das bedeutet die dauerhafte und auch langfristige Stärkung unseres eigenen Wissenschaftssystems und die Fortführung der intensiven Zusammenarbeit mit den Wertepartnern in der G7 und ganz besonders auch in der Europäischen Union. Im Europäischen Forschungsraum arbeiten wir bezüglich der Wissenschaftskooperationen mit China eng mit den anderen EU-Mitgliedstaaten zusammen, um für ein offenes und freies Wissenschaftssystem in Einklang mit unseren Werten einzutreten. Ich freue mich sehr, dass auch der Ausschuss dieses sehr wichtige Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ich freue mich sehr auf den Austausch mit Ihnen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Staatssekretär, für die Einführung. Ich eröffne damit die Berichterstattenden-Runde und es beginnt Kollege Ruppert Stüwe für die SPD-Fraktion.

Abg. **Ruppert Stüwe** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und auch vielen Dank für den Bericht. Ich finde es zunächst einmal gut, dass in der China-Strategie das Thema Wissenschaft einen expliziten Teil eingenommen hat. Es ist glaube ich, wirklich eine qualitative Veränderung, dass wir bei solchen Risiko- und Kooperationsabwägungen immer die Wissenschaft mitdenken. Festzuhalten ist, dass die wissenschaftliche Kooperation mit China längst nicht mehr nur erfolgt, weil chinesische Institutionen gerne mit uns kooperieren wollen, sondern dass auch in China eine enorme wissenschaftliche Exzellenz besteht. Außerdem gilt, dass es häufig nachvollziehbare Entscheidungen gibt, sich wissenschaftlich gute Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner in China zu suchen und dass wissenschaftliche Kooperation und Internationalisierung insgesamt Sinn machen. Es macht wenig Sinn, solche Entscheidungen aus Symbolpolitik zu treffen, sondern man muss sehr genau abwägen, was der Nutzen für unser Wissenschaftssystem ist und was die Risiken, die dem Gegenüberstehen sind. Die Kooperation mit China, das ist klar geworden und darüber sind wir uns auch alle einig, ist immer mit Risiken behaftet. Wir haben dort eine

Wissenschaftslandschaft, die in anderer Weise mit dem Staat und Militär verzahnt ist als unsere. Es droht Technologiespionage und das Abgreifen von technologischen Entwicklungen. Außerdem gibt es einen anderen Umgang mit den Institutionen der Wissenschaft, insbesondere auch mit deutschen Institutionen, die in China tätig sind, sowie auch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, weil diese viel stärker in einem System staatlicher Kontrolle und staatlichen Drucks eingebunden sind. Dies gilt sowohl für diejenigen, die in China forschen, als auch für jene, die gefördert vom chinesischen Geld in Deutschland als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten. Deswegen ist mir wichtig, wenn wir diese Diskussion über den Umgang des Wissenschaftssystems mit China vertiefen und weiterentwickeln, nochmal vier Punkte zu betonen. Ich glaube, wir müssen die Kompetenz in der Wissenschaft noch weiter stärken. Alle Institutionen, mit denen ich geredet habe, arbeiten da insbesondere in der Allianz der Wissenschaften, aber auch auf der Hochschulebene dran. Wir müssen nochmal erörtern, wie wir diejenigen, die für uns speziell in der Wissenschaftsausßenpolitik tätig sind, zum Beispiel mit dem KIWi Kompass stützen, so dass klar ist, dass eine Kooperation mit China nicht ohne Risikoabwägung in einer freien Wissenschaftslandschaft denkbar ist. Außerdem müssen wir eine interministerielle Koordinierung, auch zu den Fragen von Forschung und Entwicklung, hinbekommen. Was das angeht, sind wir auf einem guten Weg. Wir müssen China-Kompetenzen hier bei uns neben den Konfuzius Instituten aufbauen. Diese müssen unabhängig davon bestehen. Abschließend sollten wir nochmal die globale Wissenschaftsstrategie Chinas in den Blick nehmen und wir dürfen uns nicht aus Ländern zurückziehen, in denen China gerade wissenschaftlich aktiv wird. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke. Ich rufe jetzt für die CDU/CSU-Fraktion den Kollegen Abgeordneten Alexander Föhr auf.

Abg. **Alexander Föhr** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender und vielen Dank auch für die Ausführungen, Herr Staatssekretär. Auch wir begrüßen ausdrücklich, dass die Chinastrategie beschlossen werden konnte, nachdem sie im Koalitionsvertrag schon



angekündigt und jetzt im Juli auf den Weg gebracht wurde. Es ist wichtig, Sie haben es schon betont, dass das Thema auch hier im Ausschuss für Bildung und Forschung besprochen wird, gerade weil Deutschland und China einen engen Austausch pflegen, egal ob im Bereich des Studiums oder beim Thema Forschung. China ist in vielen Technologie- und Forschungsbereichen mittlerweile führend. Von daher hat auch für uns diese Kooperation eine große Bedeutung. Daneben lassen sich die globalen Herausforderungen, auch das wurde eben angesprochen, nicht mehr ohne China lösen. Deshalb möchte ich einige wenige Fragen anknüpfen, die Sie teilweise schon angesprochen hatten. Die China-Strategie unterstreicht die Notwendigkeit dieses Kompetenzaufbaus. Gerade, weil die Beziehungen zwischen Deutschland und China so komplex sind, ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler und auch der Studenten, die in Deutschland Chinesisch lernen stagnierend und zu gering. Die Zahl derer, die Chinesisch vollumfänglich verstehen und fließend sprechen ist viel zu gering, aber das sind gerade diejenigen, die wir für die China-Kompetenz brauchen. Deshalb lautet meine Frage: Wie soll konkret die Unterstützung beim Aufbau und beim Ausbau der Chinakompetenz längerfristig, organisatorisch und finanziell gewährleistet werden? Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung nicht beabsichtigt, hierfür mehr Mittel bereitzustellen? Zweiter Fragenkomplex gilt den Themen Forschungsfreiheit und Verantwortung. Die Frau Ministerin Stark-Watzinger betont in ihren Statements die Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit und der Eigenverantwortung der Forschungseinrichtungen und Forschenden und sagt, dass die Einrichtungen und Universitäten dazu aufgefordert sind, sich selbst Leitlinien zu setzen, die die Bundesregierung akzeptieren muss. Gleichzeitig spricht die Frau Ministerin vom Wunsch der Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach Orientierung und Unterstützung, dem nachgekommen werden sollte. Welche neuen Angebote und welche Konzepte bietet das BMBF konkret den Hochschulen und Forschungsinstituten an? Gibt es klare und verbindliche Leitlinien, wie die außeruniversitären Forschungseinrichtung mit der deutsch-chinesischen Kooperation umgehen

sollen? Der letzte Fragenkomplex betrifft die Förderregularien. Bei der Veröffentlichung der Strategie hat Frau Stark-Watzinger auch von den neuen Förderregularien gesprochen. Welche Regularien sind seit der Veröffentlichung verändert worden? Falls es noch nicht geschehen ist, welche sollen angepasst und verändert werden? Ich denke, diese Klarheit ist für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen wichtig. Abschließend noch die Frage: Wie positioniert sich die Bundesregierung zur Überführung der Konfuzius Institute als finanziell unabhängig von China? Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Kollege. Nächster Berichterstatter in der Runde bin ich selbst, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für Ihre Darstellung der strategischen Neuaufstellung. Es ist gut, dass wir mit der Nationalen Sicherheitsstrategie, der China-Strategie und der künftigen Internationalisierungsstrategie Wissenschaft, die jetzt gerade in Arbeit ist, drei Strategien der Bundesregierung haben. Die China-Strategie wurde im Juli vorgelegt. Es ist neu und hochrelevant, dass es erstmals bei einer China-Strategie ein eigenständiges Wissenschafts- und Forschungskapitel gibt, weil man nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf die wissenschaftliche Kooperation blickt. Neben den Wirtschaftskooperationen, die wir weltweit ausdiversifizieren wollen, vollzieht man das gleiche auch für die Wissenschaftskooperationen. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Deutschland haben zahlreiche Kooperationen mit China. Aktuell gibt es 1.100 Hochschulkooperationen und im gegenwärtigen Semester studieren knapp 40.000 chinesische Studierende an deutschen Hochschulen. Selbstverständlich sind wir auch bei den großen Menschheitsfragen auf wissenschaftliche Kooperation mit China angewiesen, Stichwort Klimaforschungsdaten. Gleichzeitig muss man konstatieren, dass China heute ein anderes als vor Xi Jinping ist. China hat sich jedenfalls in diesem Dreischritt Kooperationspartner, Konkurrent und Systemrivale anders entwickelt. Die Vorstellung, Wandel durch Annäherung gegenüber China haben nicht zu dem Erfolg geführt, den wir uns



gewünscht hatten. Deshalb ist es so wichtig, unsere Wissenschaftskooperationen stärker werte-, wissenschafts-, und interessengeleitet auszurichten. Das heißt nicht, Decoupling, sondern Derisking zu betreiben. Ein höheres Risikobewusstsein in diesen Kooperationen ist in der Chinastrategie und auch für die Wissenschaftskooperation maßgeblich. Wichtig ist, dass Einflussnahme, Technologiespionage und auch der Missbrauch von Dual-Use-fähiger Technologie künftig unterbunden werden. Denn wir müssen konstatieren, dass der Forschungsapparat mit dem Militärapparat in China sehr eng verwoben ist, wie das die China Science Investigations zuletzt gezeigt haben. Für Grundlagenforschung ist Neugierde entscheidend. Jedoch ist bei Kooperation auch Vorsicht bei den sicherheitsrelevanten Technologien geboten. Deshalb ist es sehr wichtig, mehr Awareness und mehr Risikobewusstsein in den konkreten Kooperationen anzuwenden. Wir sind das Land der Wissenschaftsfreiheit, wir sind der Kontinent der Wissenschaftsfreiheit. Deshalb sollten wir maximale Wissenschaftsfreiheit als Wert in den Kooperationen einlösen, aber zugleich auch unsere Sicherheitsinteressen schützen. Das wird von entscheidender Bedeutung für die nächste Phase der Kooperation sein. Die Chinakompetenz zu stärken, wird sicherlich noch ein weiterer Baustein für uns sein. Merics ist auf jeden Fall ein China-Kompetenzzentrum von besonderer Bedeutung. Damit schließe ich meinen Wortbeitrag.

Der Vorsitzende: Ich rufe als nächsten Berichterstatter den Abgeordneten Norbert Kleinwächter für die AfD-Fraktion auf.

Abg. Norbert Kleinwächter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Werte Vertreter der Bundesregierung, die Chinastrategie der Bundesregierung ist schlichtweg naiv, feige und setzt die falschen Schwerpunkte. Ich werde Ihnen in diesen drei Minuten klar erklären warum. Erst einmal zu den falschen Schwerpunkten: Bildung nimmt bei Ihnen eine halbe Seite ein. So etwas wie Klima- und Umweltpolitik zieht sich durch das komplette Papier. Allgemein ist das genau das, was man Ihnen attestieren muss. Sie setzen einen einzigen thematischen Fokus. Dieser geht um die klima- und umweltpolitische Strategie. Ansonsten liefern Sie in diesem Papier absolut

nichts. Sie ziehen sich hinter die Positionen der Europäischen Union zurück. Sie sagen alles, was irgendwo europäisch geregelt werden soll, soll europäisch geregelt werden. Sie haben nicht einmal den Mut, einen eigenen Standpunkt für Deutschland zu entwickeln. Diese Sichtweise, die Sie dann auch für Deutschland entwickeln, nämlich diese Umwelt- und Klimapolitik, ist total naiv. Sie appellieren faktisch an China, dass sie aufhören sollen, Kohlekraftwerke zu bauen. Sie sollen aufhören, irgendwo anders Investitionen zu tätigen. Sie werden das nicht tun. Wenn Sie eine Sache aus der Geschichte lernen können, dann, dass die Chinesen nur das machen, was ihren direkten wirtschaftlichen und politischen Interessen dient und nicht irgendeiner Ideologie. Insofern muss man Ihnen von der Bundesregierung traurigerweise bescheinigen, dass Sie mittlerweile ideologischer ticken als die Kommunistische Partei Chinas. Kommen wir zu den Bildungspunkten, die hier angesprochen werden, weil sich dort dieses Problem weiter durchzieht. Sie stellen fest, dass die chinesische Forschung an der Weltspitze steht und problematisieren aber nicht, warum. Es liegt daran, dass teilweise durch die deutsche Politik, auch die deutsche Bildungs- und Wissenschaftskooperationspolitik, erst dazu beitragen wurde, dass massenweise chinesische Studenten bei uns studieren. Das sind häufig diejenigen mit Spitzennoten der Partei, die sie unter ihre Zeugnisse bekommen, wenn sie in Shanghai oder sonst wo ihre Abschlüsse machen. Diejenigen studieren schön brav bei uns und betreiben Technologieexport. Gleichzeitig wurden wichtige Unternehmen wie Kuka verscheuert. Sie ziehen sich darauf zurück, dass Sie Wirtschaftsbeziehungen werte- und interessengeleitet, weiterentwickeln wollen, auch im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Aha! Sie glauben wahrscheinlich, dass Sie die Chinesen mit Gender-Studies beeindrucken können, während die schon längst die deutsche Solarindustrie abgezogen haben. Warum halten Sie heutzutage noch so an China fest? Sie glauben, dass Sie nur mit chinesischen Produkten die Energiewende hinkriegen können. Und warum kriegen Sie nur noch mit chinesischen Produkten die Energiewende hin? Weil Sie die Produkte von deutscher Industrie kaputt gemacht haben. Die Risiken für die Freiheit von Forschung und Lehre,



die Sie ansprechen, wie illegitime Einflussnahme und einseitigen Wissens- und Technologietransfer, müssen minimiert werden. Aber Sie haben letztendlich keine einzige Strategie. Warum? Selbst bei den Konfuzius Instituten stellen Sie nicht klar, wie Sie deren Einflussnahme, die bereits der Bundesverfassungsschutz als problematisch erkannt hat, in irgendeiner Weise reduzieren wollen. Deswegen noch einmal die klaren Fragen: Erstens, wie machen Sie das konkret? Diese Frage hat auch der CDU-Kollege schon gestellt. Zweitens, wie viele der Studenten, die aus China hier studieren, gehen wieder nach Hause und arbeiten dann für Interessen, die gegen Deutschland gerichtet sind?

Der **Vorsitzende**: Für die FDP-Fraktion rufe ich Kollegen Dr. Stephan Seiter auf.

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Kommen wir zurück zum eigentlichen Papier, denn es ist immer interessant, wie man selektiv lesen kann. Klar ist, die Zeiten haben sich gewandelt. Ich glaube, der Begriff der Zeitenwende trifft auch in diesem Bereich zu. Es ist zu begrüßen, dass mit der China-Strategie - wie schon der Vorsitzende in seinem Beitrag gesagt hat - ein Papier vorgelegt wird, welches über das Thema Wirtschaft hinausgeht. Im Bereich der Wirtschaft bei Joint Ventures und der Markterschließung hat es sich in den letzten Jahren schon früh gezeigt, dass Partner im freien Westen etwas anders sind als chinesische Unternehmen in einer staatsgelenkten Gesellschaft. Dieser Realismus, der in der Wissenschaft ankommen muss, ist mittlerweile angekommen. Dennoch brauchen wir in der Wissenschaft auch Unterstützung, die hilft. Wo liegen die Risiken? Uns muss klar sein, dass Forschende forschen möchten. Sie möchten Erkenntnisse gewinnen und Herausforderungen in unserer Welt lösen. Dazu gehört auch der Klimawandel und Themen des demografischen Wandels sowie der Energieversorgung. Darunter gibt es Themen, die wir nur global lösen können, weshalb Decoupling auch eine riskante Strategie ist. Aber es bedeutet ferner, dass wir mit mehreren Ländern stärker kooperieren und nach Partnerinnen und Partner suchen müssen, die sich mit unseren Strukturen ergänzen und gemeinsam die Wissenschaftsfreiheit gewährleisten, fördern

und bei Bedarf ausbauen. Deswegen ist die China-Strategie zu begrüßen. Außerdem geht um das Grounding. Wie diese Strategie genauer umgesetzt wird? Es ist jedenfalls ein großer und wichtiger Schritt, dass uns stärker bewusst geworden ist, dass nicht alle Partner, Partner bleiben möchten. Wir müssen mit einer Welt umgehen können, in der ehemalige Partner vielleicht versuchen, aktuelle Partner zu dominieren. Genau das ist das Thema. Deswegen begrüßen wir die China-Strategie und sehen dort eine gute Grundlage für das weitere Verhältnis zu China, welches uns allen global nutzt. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Für die Linkenfraktion schließt Dr. Petra Sitte ab.

Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE): Recht schönen Dank. Einige der Kollegen dieses Ausschusses waren auch bei der Jahrestagung der Helmholtz-Gemeinschaft. Ottmar Wiestler, der Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, hat dort Herrn Ischinger als den ehemaligen Chef der Sicherheitskonferenz in München sprechen lassen. Herr Wiestler hat einen vergleichsweise breiten Raum in seinem Vortrag der China-Kooperation gewidmet. In dem Kontext bekommt man aus dem Bereich der Wissenschaft und insbesondere der außeruniversitären Forschungseinrichtungen immer wieder gesagt, dass wissenschaftliches Arbeiten und Forschen nicht denkbar ohne die Zusammenarbeit mit China ist. Das ist ein harter Satz, mit dem man umgehen muss. Deshalb ist die Frage der Wissenschaftsfreiheit nicht marginal und wir müssen definieren, was wir unter illegitimer Einflussnahme durch China, chinesische Behörden oder die Partei verstehen. Xi hat sich klar zu der Rolle Chinas in der Welt positioniert. Mich würde interessieren, wie die Bundesregierung das konkret definiert und was sie dagegen tut? Zweitens wissen wir, dass chinesische Politik nicht trennscharf unterscheidet zwischen Dual-Use und direkter militärischer Forschung, sondern es fusionieren zivile und militärische Forschung. Das setzt uns Grenzen in der Zusammenarbeit, was Sie auch in den Bericht mit aufgenommen haben. Nun sagen Sie, das müsste man berücksichtigen. Wie sieht das konkret aus? Was bedeutet das für die Bundesregierung? Mit Blick auf die europäische Entwicklung, gibt es einige europäische Länder, in denen die Universitäten Dependancen in China



errichten, wie die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich, die eine eigene Universität dort baut. Wenn Sie davon schreiben, dass es eine Wechselseitigkeit und eine bessere Bedingung für die Wissenschaftszusammenarbeit auf europäischer Ebene geben soll, dann würde mich interessieren, was das aus der Perspektive der Bundesregierung konkret bedeutet. Sie sagen auch, dass Sie in Technologiebereichen keine Entkopplung von China wollen. Man will verhindern, dass es separate Tech-Sphären gibt. Besteht diese Gefahr oder ist das nicht längst passiert? Was ist unter dem Blickwinkel die Unvereinbarkeit? Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir immer wieder über das Ziel technologischer Souveränität Deutschlands bzw. technologischer Souveränität von Entscheidungen in diesen Bereichen Europas sprechen? Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke! Damit schließe ich die Berichterstatter/-innen-Runde und gebe jetzt Jens Brandenburg noch die Möglichkeit zur Antwort. Wenn es in drei bis vier Minuten ginge, wäre das großartig, damit wir pünktlich abschließen können.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen Dank. Es gibt viele Fragen und wenig Zeit, aber ich versuche es deshalb übergreifend zu erklären und die Kernpunkte herauszugreifen. Das eine, was mehrere von Ihnen, unter anderem auch die Kollegin Sitte gerade noch einmal thematisiert haben, ist, dass es uns auf Seiten der Bundesregierung in der China-Strategie nicht um ein Decoupling, sondern um ein Derisking geht. Das bedeutet, wir müssen insbesondere im Bereich von Wissenschaft und Forschung einerseits frühzeitig für vorhandene Risiken sensibilisieren. Denn es ist nicht so, dass jetzt jeder, der oder die beispielsweise in Ingenieurwissenschaften im High-End-Bereich forscht sich zwangsläufig mit internationaler Politik, rechtlichen Fragen und geheimdienstlichen Erkenntnissen auseinandersetzt. Sie wollen einfach ihre Forschung betreiben. Deshalb ist sensibilisieren und aufklären ein sehr wesentlicher Punkt unserer Arbeit. Andererseits müssen wir in der Tat ein Derisking vornehmen, also Risiken minimieren. In der Kooperation, die wir - das habe ich betont - weiter mit chinesischen Partnern zu gemeinsamen Fragen, genauso wie mit vielen

anderen, aber stärker diversifiziert fortsetzen wollen, wird man nicht jedes Risiko final beseitigen können. Aber es gibt durchaus viele Strategien und Möglichkeiten, die Risiken zumindest deutlich zu minimieren. Der zweite Punkt in der Tat die Wissenschaftsfreiheit. Das ist ein Punkt, der uns sehr von dem politischen System in China unterscheidet. Deshalb können wir schon verfassungsrechtlich nicht alle Einzelheiten einer Hochschule, wie Strategien und Leitfäden seitens der Bundesregierung bestimmen. Das ist in einem freien Land auch gut so. Nur bedeutet das umso mehr, dass wir am Ende einzelne Forschende, die die Entscheidungen treffen, unterstützen müssen. Kollege Föhr hat eben nach konkreten Instrumenten im Rahmen der China-Orientierung gefragt. Wir bieten beispielsweise juristische Erstberatungen an. Es gibt auch einen Fragebogen, in dem jeder bei potenziellen Kooperationen schon einmal selbst prüfen kann, was sind kritische Fragen, die ich beantworten sollte, oder die ich den potenziellen Partner stellen kann, um das Risiko besser abzuschätzen. Das sind konkrete Prozesse. Ferner gibt es mit der Allianz eine intensive Arbeitsgruppe. Wir sind auf Leitungs-, sowie auf Arbeitsebene in regelmäßiger Austausch mit den Organisationen, um genau diese Themen zu besprechen. Kommen wir zum Kompetenzaufbau: Wir haben in dem Bereich keine Mittel gekürzt, sondern zusätzlich investiert. Einigen aus der letzten Legislaturperiode möchte ich hier anerkennend sagen, dass wir durchaus darauf aufbauen können und wir das nun sukzessive ausweiten. Im Kompetenzaufbau gibt es Forschungsförderung wie beispielsweise China-Regio und Weiteres im Bereich der China-Orientierung. Außerdem gibt es seit einigen Monaten eine neue Webseite, die ich an dieser Stelle sehr empfehlen möchte. Weitere Instrumente sind konkret in der Vorbereitung. Zu den Konfuzius Instituten möchte ich betonen, dass auch das unter die Wissenschaftsfreiheit fällt. Wir können das seitens der Bundesregierung nicht entscheiden. Sie wissen aber, dass auch die Frau Ministerin sich sehr deutlich positioniert hat, diese sehr kritisch sieht und wenn sie Hochschulleiterin wäre, es an Ihrer Hochschule kein Institut gäbe. Wir sind mit den Hochschulen in sehr engem Austausch, um zu sensibilisieren und auf die Risiken hinzuweisen. Darauf gibt es



unterschiedliche Antworten. Einige haben sich für ein Ende entschieden, andere haben es eingeschränkt. Sie sehen auch die Entwicklung, dass sich da einiges verändert. Herr Kleinwächter, kommen wir zu den Zahlen, nach denen Sie gefragt haben. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Frage im Nachgang nochmal konkret zuliefern. Dann erörtern wir, welche Zahlen wir zur Verfügung haben und werden Ihnen jedenfalls schriftlich darauf antworten können. Mit Blick auf die Zeit, hoffe ich, dass ich keine wesentliche Frage übersehen habe. Es wird wahrscheinlich nicht der letzte Austausch hier im Ausschuss sein. Ich biete Ihnen gerne an, wenn Fragen offen geblieben sind, im Nachgang nochmal auf mich zuzukommen. Dann liefern wir zeitnah entsprechende Antworten nach.

Der Vorsitzende: Danke, Herr Staatssekretär. Ich glaube, es war gut, dass wir die China-Strategie hier beraten haben. Zusammenfassend kann ich festhalten, dass es viel Zustimmung und einen mehrheitlichen Konsens darüber gab, dass wir unsere Wissenschaftsfreiheit garantieren müssen, sowie Wertepartnerschaften zu stärken sind. Wir müssen unsere technologische Souveränität besser schützen und Chinakompetenzen aufbauen. Wenn wir das in diesem gemeinsamen Geist weiter voranbringen, ist das sicherlich gut für unsere Kooperationsbeziehung. Damit schließe ich die Debatte und gehe davon aus, dass wir mit der Beratung der Strategie sie gleichzeitig auch zur Kenntnis genommen haben. Das halte ich formal noch einmal fest und schließe die heutige Ausschusssitzung. Ich möchte mich bei Ihnen allen bedanken, dem Staatssekretär gute Besserung wünschen und wir sehen uns gleich alle in der Regierungsbefragung im Plenum. Danke schön.

Tagesordnungspunkt 5

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung politischer Stiftungen aus dem Bundeshaushalt (Stiftungsförderungsgesetz – StiftFinG)

BT-Drucksache 20/8726

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der

Faktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE die Ablehnung des Änderungsantrags des Abgeordneten Stefan Seidler auf Ausschussdrucksache 20(18)152.

Tagesordnungspunkt 6

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Zwölften und des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Gesetze

BT-Drucksache 20/8344

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf Ausschussdrucksache 20(18)153.

Tagesordnungspunkt 7

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Energiespeicher jetzt ausbauen

BT-Drucksache 20/8525

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Tagesordnungspunkt 8

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Nahrungsmittelversorgung sicherstellen - Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa erhalten

BT-Drucksache 20/5215

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5215.



Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Stephan Protschka, Frank Rinck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Forschung zur technologischen Nutzbarkeit von Laubhölzern jetzt erforderlich

BT-Drucksache 20/8743

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/8743.

Schluss der Sitzung: 13:00 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender

Verweis auf das Anlagenkonvolut sowie auf Anlage 1